

Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 01.06.2017, 16:30 – 18:30 Uhr

1. Treffen Vernetzungsforum Assistenz und persönliches Budget

Teilnehmer: 8

Name	Vorname	Institution
Bauer-Hechler	Lydia	Bezirkstag Mittelfranken
Haddani	Brahim	Integrationsbeirat Fürth
Criepen	Sebastian	Lebenshilfe - Wohnen
Himmelein	Frank	Lebenshilfe - Wohnen
Ludl	Tanja	BASIS-Institut
Streck	Ingrid	Behindertenrat Vorstand
Tiedemann	Elena	BASIS-Institut
Wolfrum	Renate	Behindertenrat

Inhalt

1 Begrüßung durch Frau Tiedemann.....	2
2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Frau Tiedemann	2
3 Diskussion.....	3
4 Verabschiedung	8

1 Begrüßung durch Frau Tiedemann

Frau Tiedemann vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt zu Beginn der 1. Sitzung des Vernetzungsforums „Assistenz und persönliches Budget“ alle Anwesenden recht herzlich und freut sich über das Erscheinen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Zunächst bedankt sie sich bei der Lebenshilfe Fürth e.V., unter deren Trägerschaft das Projekt „Fürth für alle“ läuft und die nicht nur die Vorbereitungen zu den Vernetzungsforen geleistet hat, sondern auch die technische Ausstattung und das heutige Catering organisiert hat. Dabei dankt Frau Tiedemann insbesondere den Organisatoren vor Ort. Nachdem sie sich und ihr Team kurz vorgestellt hat, bittet sie alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen. Des Weiteren bittet sie alle Anwesenden, auch kurz ihren persönlichen Bezug zum oder ihr persönliches Interesse am Thema Assistenz und persönliches Budget darzustellen. Im Anschluss daran erklärt Frau Tiedemann den Ablauf der heutigen Sitzung.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Frau Tiedemann

Frau Tiedemann weist eingangs darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung darum gehen wird, über Erfahrungen und Probleme bezüglich des Themas Assistenz und persönliches Budget zu sprechen. Wichtig ist hierbei, zu eruieren, was bereits sehr gut läuft, was aber auch noch schlecht läuft und wo Verbesserungsbedarf vor Ort besteht. Zudem ist in der heutigen Sitzung von Bedeutung, darüber zu sprechen, welche Vertreter oder Institutionen unbedingt noch bei den Vernetzungsforen oder an anderer Stelle im Planungsverlauf des Aktionsplans mitwirken sollten und wie erreicht werden kann, dass sich diese einbringen. Des Weiteren erläutert Frau Tiedemann, dass sich alle Anwesenden während der gesamten Sitzung jederzeit aktiv mit Diskussionsbeiträgen beteiligen können und dass es heute darum geht, alle Ideen zu sammeln und festzuhalten. Dabei gibt es kein „richtig“ oder „falsch“. Diesbezüglich merkt sie auch an, dass es zunächst egal ist, ob Ideenvorschläge wirklich realisiert werden können. Vielmehr geht es um eine erste Gedankensammlung, weshalb die Themenreihenfolge in der ersten Sitzung des Vernetzungsforums noch völlig beliebig ist.

3 Diskussion

In einer ersten Vorstellungsrunde wird ersichtlich, dass einige Teilnehmer bereits selbst erste Erfahrungen mit Assistenzleistungen oder dem Beantragen des persönlichen Budgets gemacht haben. Frau Wolfrum vom Behindertenrat kritisiert diesbezüglich, dass die Antragstellung für das persönliche Budget sehr schwierig ist und hier zu wenig Hilfestellung angeboten wird. Da immer mehr Menschen mit Behinderungen eigenständig und nicht in einer speziellen Einrichtung wohnen wollen, wird der Assistenzbedarf auch in Zukunft weiter ansteigen. Frau Wolfrum plädiert dafür, dass neue Strukturen entwickelt werden müssen, dass aber auch abgewartet werden müsste, welche Änderungen das neue Bundesteilhabegesetz mit sich bringen wird. Sie erläutert überdies, dass der Betreuungsaufwand oft sehr hoch ist und man als Angehöriger nicht die Pflege und den Haushalt erledigen kann. Die Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Leistungen wird deshalb auch ansteigen, allerdings stellt die Finanzierung oft ein Problem dar.

Frau Streck vom Behindertenrat Fürth kritisiert, dass es einfach zu wenig Informationen über die Beantragung des persönlichen Budgets gibt und niemand so richtig weiß, wer zuständig ist. Sie äußert den Wunsch nach mehr Hilfestellungen bei der Antragstellung. Auch wenn keine Pflege notwendig ist, möchten viele Betroffene und Angehörige eine Haushaltshilfe. Herr Haddani vom Integrationsbeirat ist auch dafür, noch mehr Informationen zu sammeln, um das ganze Prozedere mit der Antragstellung des persönlichen Budgets durchsichtiger machen zu können.

Frau Bauer-Hechler vom Bezirkstag Mittelfranken ist der Meinung, dass zunächst die Bedarfe geklärt werden müssen. Sie hat zudem zwei Kontakte des Bezirks Mittelfranken, die auch als Ansprechpartner dienen können. Sie erklärt, dass der Bezirk Mittelfranken als Vorreiter in Bezug auf das persönliche Budget gesehen werden kann und dass bereits 3% der Leistungsempfänger Gelder dieser Art erhalten. Frau Tiedemann möchte wissen, ob Frau Bauer-Hechler ihr Statistiken zum persönlichen Budget zukommen lassen kann, was diese auf Mittelfrankenebene bejaht.

Außerdem schildert Frau Bauer-Hechler, dass die Höhe des persönlichen Budgets sich nach dem Hilfebedarf richtet und auf Grundlage dessen berechnet wird. Der Betroffene kann dann entscheiden, welche Leistungen er in Anspruch nehmen möchte. Sie würde des Weiteren eine Stelle für die Beratung nach außen befürworten. So eine Beratungsstelle sollte in Fürth geschaffen werden. Ist dies nicht möglich, wäre es auch denkbar, dass Frau Kirchner dies übernimmt, sofern sie mehr Arbeitsstunden aufnehmen darf/kann. So eine Beratungsstelle ist bereits in Ansbach vorhanden, allerdings ist

für viele Menschen mit Behinderung der Weg dorthin zu weit oder zu beschwerlich. Auch könnte hier direkt beim Bezirk oder beim Oberbürgermeister nachgefragt werden.

Frau Wolfrum fragt nun, ob die Lebenshilfe Fürth auch bezüglich des persönlichen Budgets eine Beratung anbietet. Daraufhin erwidert Herr Himmelein, dass die Lebenshilfe so etwas nicht leistet, da die Unterbringung dort anders abgerechnet wird. Er informiert aber darüber, dass die Caritas so etwas womöglich anbietet. Herr Himmelein kritisiert außerdem den Wohnungsmarkt in der Stadt Fürth. Möchte ein Mensch mit Behinderungen aus einer Einrichtung ausziehen, weil beispielsweise ein Zusammenzug mit der Partnerin bevorsteht, so ist es sehr schwierig, barrierefreie Wohnungen zu finden, die auch noch bezahlbar sind. Damit der Bezirk etwas übernimmt, dürfen die Wohnungen aber nicht zu teuer sein. Frau Bauer-Hechler stimmt ihm zu und betont, dass Menschen im Rollstuhl aber auf so eine Wohnung angewiesen sind. Auch beanstandet sie, dass viele der barrierefreien Wohnungen als Eigentumswohnung genutzt werden und nicht für Mieter zur Verfügung stehen.

Frau Streck berichtet von einem Bekannten, der mit seiner Frau in einer 45 m²-Wohnung lebt, da größere barrierefreie Wohnungen zu teuer sind. Im Stadtgebiet Fürth sowie im Ballungsraum besteht ein allgemeiner Mangel an preiswertem Wohnraum. Dies betrifft laut Frau Bauer-Hechler nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Flüchtlinge oder Hartz IV-Empfänger. Viele wohlhabende Personen kaufen Eigentumswohnungen und investieren in Immobilien, wie Frau Wolfrum einwirft. Aus diesem Grund sei der Markt im Moment ziemlich leer. Es sollte vermehrt bei Genossenschaften wegen barrierefreiem Wohnraum angefragt werden. Frau Bauer-Hechler denkt, dass barrierefreie Wohnungen auch das Prestige und Image der Stadt Fürth steigern könnten. Sie wendet ein, dass in Wohnblöcken auch immer nur ein paar Wohnungen rollstuhlge- recht und barrierefrei eingerichtet werden, dass aber so viel Nachfrage besteht und eigentlich alle Wohnungen nach diesen Maßstäben konzipiert werden müssten. Herr Crieppen von der Lebenshilfe spricht an, dass die Anforderungen an den Wohnraum sich aber je nach Behinderung oder auch je nach Rollstuhlart ändern können. Es werden auch vermehrt technische Mittel zur Assistenz benötigt.

Frau Streck äußert den Wunsch nach einer unabhängigen Beratungsstelle in Fürth, die auch eine Art Wegweiser herausgibt. Dieser könnte als Broschüre, aber auch online zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren betont sie, dass sich Menschen mit Behinderungen und ihre Ansprüche verändern können. Deshalb müsse sich auch die Assistenz

stets anpassen und verändern. Frau Wolfrum hält die Bürokratie auch für problematisch. Frau Bauer-Hechler weist zudem darauf hin, dass ein vernetztes Arbeiten geschaffen werden müsste. Sie erklärt, dass eine Person, die zum Jobcenter geht, nur bezüglich des Arbeitens beraten wird, hier aber keine Beratung bezüglich des persönlichen Budgets o.ä. möglich ist. Auch findet hier kaum eine Vernetzung mit anderen Institutionen oder Gruppen statt, sodass Betroffene an andere Stellen verwiesen werden könnten, wo sie Hilfe erfahren. Ein Wegweiser, wie es beispielsweise nach Verlust des Arbeitsplatzes (z.B. durch psychische Erkrankungen) weitergehen kann, wäre sinnvoll. Sie befürwortet auch den Einsatz von Fallmanagern, die dauerhaft eine Person betreuen und sie kümmern, da dies die Angehörigen viel Kraft kostet und sie somit entlastet werden könnten. Frau Bauer-Hechler sieht es außerdem als Zumutung an, dass Betroffene oder Angehörige sich alle Infos selbst zusammensuchen müssen und alles alleine herausfinden müssen.

Frau Tiedemann fragt nach, inwiefern Selbsthilfegruppen bei der Beratung zum Thema persönliches Budget behilflich sein können. Daraufhin erwidert Frau Wolfrum, dass diese sich aber alle mit speziellen Krankheiten befassen und es keine Gruppe gibt, die sich mit dem persönlichen Budget befasst. Sie würde interessieren, ob dies in anderen Bundesländern anders abläuft. Frau Streck informiert die anderen Teilnehmer darüber, dass die Strukturen in NRW wohl besser sind.

Anschließend möchte Frau Tiedemann von den Anwesenden wissen, ob sie so etwas wie Peer Counselling sinnvoll finden. Frau Streck bejaht dies. Allerdings weist Frau Wolfrum darauf hin, dass es je nach Behinderung unterschiedliche Grenzen gibt und dies für manche Betroffenen nicht in Frage kommt. Sie betont auch, dass das persönliche Budget nicht ohne Assistenz funktionieren kann. Auch ist Assistenz häufig beim Übergang von der Schule zur Arbeit nötig. Immer mehr spielen hierbei auch Kommunikationssysteme o.ä. eine Rolle, beispielsweise für Personen, die nicht sprechen können. Herr Crieppen ist auch dafür, dass die unterstützte Kommunikation (UK) zum Übersetzen usw. eingeführt werden sollte. Man müsse eben einen Mittelweg schaffen.

Frau Wolfrum stimmt zu, möchte aber noch darauf eingehen, dass vor allem kleine Träger oft keine Kapazitäten für so etwas haben. Da die unterstützte Kommunikation nicht so einfach ist, ist eine Anleitung und Betreuung notwendig, zumindest am Anfang. Dies könnten womöglich Ergotherapeuten oder Logopäden übernehmen. Herr Crieppen gibt bekannt, dass es oft sehr teuer ist, wenn unterstützte Kommunikation über externe Anbieter in Einrichtungen verwendet wird. Dies muss meist privat bezahlt werden. Frau Bauer-Hechler hält eine unabhängige Beratung für wichtig, dass nicht nur

die Kommunikationsgeräte-Firmen Betroffene über die Möglichkeiten mit ihren eigenen Geräten informieren, sondern je nach Bedürfnissen das passende Angebot gesucht und entwickelt wird. Auch Frau Wolfrum ist dafür, dass die unterstützte Kommunikation vermehrt möglich sein muss.

Frau Wolfrum spricht an, dass auch Ärzte in Bezug auf Menschen mit Behinderungen und unterstützte Kommunikation mehr geschult werden sollten. Sie schlägt mehr Fortbildungen vor. Frau Streck möchte aber auch darauf hinweisen, dass in Deutschland eine freie Arztwahl besteht. Frau Wolfram erzählt, dass es als Epilepsiepatient auch teilweise schwierig ist, einen guten Arzt zu finden. Viele Betroffene bleiben auch lange bei ihrem Kinderarzt, da sie sich dort gut aufgehoben fühlen und es häufig schwierig ist, im Anschluss daran gute weiterführende Ärzte zu finden.

Frau Streck und Frau Wolfrum sehen eine unabhängige Beratungsstelle als essentiell an. Auch erläutert Frau Streck nochmals die Wichtigkeit eines Flyers. Dieser könnte grobe Informationen zur Assistenz und zum persönlichen Budget enthalten mit Adressen zur weiteren Beratung. Ärzte könnten diesen Flyer verteilen, in ihrer Praxis auslegen und auch ihre Patienten darüber in Kenntnis setzen. Frau Streck erklärt außerdem, dass der Behindertenrat keine beratende Funktion haben darf, da dieser aus Ehrenamtlichen besteht. Lediglich Frau Kirchner könnte beraten.

Herr Haddani vom Integrationsbeirat beschreibt, dass die Situation früher eine ganz andere war. In der heutigen Zeit gibt es zu viele Freiheiten und sehr viele Möglichkeiten, aber dies wiederum führt oft zu langen Wartezeiten beim Arzt. Er ist der Meinung, dass man die zu akzeptierenden Wartezeiten usw. eventuell gesetzlich festlegen könnte. Er erzählt des Weiteren von einigen Erfahrungen beim Arzt. Einige Patienten werden immer noch bevorzugt. Beispielsweise werden Bekannte oder Freunde des Arztes sowie des Personals oft schneller aufgerufen als andere Patienten. Er findet, dass man sich bei so etwas durchsetzen muss und auch einsetzen muss.

Frau Tiedemann möchte nun von den Teilnehmern wissen, wie es um Assistenzleistungen im Klinikum steht. Frau Wolfrum stellt daraufhin die Situation in Kliniken dar. Sie beschreibt, dass dort häufig ein Personalmangel besteht und deswegen keiner der Mitarbeiter als Assistent zur Verfügung gestellt werden kann. Oft übernehmen Angehörige die Aufgabe des Assistenten oder es muss ein externer Assistent engagiert werden. Herr Crieppen kritisiert dieses Personalproblem. Häufig müssen engagierte Assistenten ungeplante Überstunden leisten und spontan einspringen. So müssen private Pläne oft über den Haufen geworfen werden, was zu Unmut bei den Assistenten führt.

Frau Tiedemann fragt nach, was gegen dieses Problem getan werden könnte. Frau Wolfram erwidert, dass durch das persönliche Budget mehr Assistenzleistungen möglich wären und dass man dies deshalb fördern müsse. Stationär gibt es ihrer Meinung nach einfach zu wenig Personal.

Frau Streck meldet sich nun zu Wort und kritisiert, dass die Krankenkasse nur Fahrtkosten zum nächstgelegenen Klinikum übernimmt. Wenn der Betroffene aber in ein anderes Klinikum möchte, da er sich dort besser betreut fühlt, so muss er die Fahrtkosten selber tragen. Zwar besteht eine freie Arzt- und Klinikwahl, aber diese wird durch solche Einschränkungen beeinflusst.

Herr Himmelein bemängelt des Weiteren, dass Assistenz nicht kurzfristig verfügbar ist und man so etwas lange im Voraus planen muss. Es muss auch ein Antrag gestellt werden. So ist es fast unmöglich, mal spontan etwas zu unternehmen, beispielweise ins Kino zu gehen o.ä. Frau Streck wirft ein, dass dadurch auch die Teilhabe eingeschränkt wird. Herr Crieppen von der Lebenshilfe führt aus, dass es häufig ein großer Aufwand ist, einen externen Assistenten zu bekommen, wenn man spontan etwas unternehmen möchte. Problematisch ist auch, dass Wohnheimangehörige die Angebote der OBA (Offene Behindertenarbeit) nur bei leeren Plätzen nutzen dürfen. Hinzu kommt, dass Angebote oft teurer sind, wenn man sie über die Einrichtung in Anspruch nimmt, als wenn man vom Elternhaus aus mitfährt. Frau Bauer-Hechler stimmt zu, weist aber darauf hin, dass sich dies in den nächsten zwei Jahren ändern könnte.

Frau Wolfrum spricht an, dass Personen ja auch nicht immer bei Gruppenaktivitäten mitmachen wollen, sondern auch mal etwas alleine unternehmen wollen. Dies ist dann relativ schwierig, falls kein Assistent verfügbar ist. Sie kritisiert auch, dass es häufig um Geld geht und die Finanzen immer eine Rolle spielen.

Frau Tiedemann kommt nun auf Pflegestützpunkte oder eine Servicestelle für Rehabilitation zu sprechen. Frau Bauer-Hechler gibt daraufhin an, dass es so etwas in Fürth noch nicht gibt, aber in Nürnberg. Frau Tiedemann erläutert zudem, dass bei der Auftaktveranstaltung in der Arbeitsgruppe Assistenz auch über das trägerübergreifende Budget diskutiert wurde. Die Teilnehmer sind sich einig, dass es hierfür eine Knotenstelle geben müsste, die am besten bei der Stadt Fürth angesiedelt ist. Es gibt zwar Beratung bei Pflegebedarf über Servicetelefone der Diakonie, der AWO und der Caritas, aber Frau Bauer-Hechler findet, dass dies etwas anderes als eine Stelle vor Ort ist.

Frau Wolfrum möchte wissen, ob dies zu viele Aufgaben für eine Stelle sind, die anderen Teilnehmer verneinten dies. Des Weiteren möchte Frau Bauer-Hechler wissen, ob auch körperbehinderte Menschen bei der Lebenshilfe sind. Herr Crieppen erläutert,

dass auch Menschen mit Mehrfachbehinderung dabei sind, diese aber auch immer eine geistige Beeinträchtigung aufweisen.

Frau Tiedemann fasst nun erwähnte Verbesserungsvorschläge kurz zusammen. Genannt wurde die Einführung eines Case-Management, aber auch eine Verfahrensassistentz wäre wünschenswert. Sie möchte wissen, ob die Teilnehmer auch noch weitere Vorschläge haben.

Bezüglich der Verbreitung von Informationen zu persönlichem Budget auf der Homepage der Stadt merkt Frau Streck an, dass viele Betroffene dieses Portal nicht nutzen und deswegen auch andere Informationskanäle verwendet werden müssten, zum Beispiel die Stadtzeitung, das Mitteilungsblatt oder Flyer. Informationen dürfen nicht nur über das Internet verbreitet werden, da viele Menschen mit Behinderung auch nicht in der Lage sind, dies zu nutzen.

Frau Wolfrum schlägt vor, dass der Behindertenrat jemanden einladen könnte, der einen Vortrag zum persönlichen Budget halten könnte, damit alle auf dem gleichen Wissensstand sind. Außerdem wird auch noch ein Veranstaltungshinweis bekannt gegeben. Am 8. Juli findet das Fürth Festival statt, auf dem auch der Behindertenrat einen Stand bekommt. Auch dort können Wünsche und Probleme angesprochen werden. Geplant ist auch, in verschiedene Seniorenheime zu gehen und mit den Personen dort ins Gespräch zu kommen.

Zum Abschluss wird noch diskutiert, welche weiteren Personen beim Thema Assistenz und persönliches Budget noch ins Boot geholt werden sollen. Frau Wolfrum weist nochmals drauf hin, dass unklar ist, wer so eine Beratungsstelle finanzieren soll, was der Stadtrat umsetzen kann/will und ob so eine Umsetzung dann auch gefördert wird.

Es werden auch weitere Beratungspersonen benötigt, da Frau Kirchner dies nicht alles alleine bewältigen kann, wie auch Frau Streck betont. Sie ruft zudem dazu auf, noch weitere engagierte Personen einzuladen und nochmals für das nächste Treffen des Vernetzungsforums zu werben.

4 Verabschiedung

Im Anschluss an die Diskussion bedankt sich Frau Tiedemann für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt. Nach Absprache mit den Teilnehmern des Vernetzungsforums Assistenz und persönliches Budget wurde einstimmig beschlossen, dass dieses Vernetzungsforum auf insgesamt

zwei Termine festgelegt wird. Der nächste und letzte Termin des Vernetzungsforums Assistenz und persönliches Budget findet im Oktober statt.

Das BASIS-Institut wird auf Grundlage des Protokolls der heutigen Sitzung und bisheriger Erfahrungen aus anderen Aktionsplänen Maßnahmen kreieren. Nächstes Mal soll demzufolge ein grober Maßnahmenkatalog vorliegen, welcher dann im letzten Vernetzungsforum im Oktober noch präzisiert und im Detail besprochen werden soll. Zur besseren Vorbereitung wird der Maßnahmenkatalog an alle Anwesenden im Vorfeld verschickt. Dennoch wird es auch bei der Abschlussveranstaltung nach dem nächsten Vernetzungsforum Möglichkeiten geben, Änderungen im Maßnahmenkatalog einzuarbeiten.

Frau Tiedemann bedankt sich zum Abschluss der Sitzung des Vernetzungsforums noch bei allen Anwesenden und hofft auf zahlreiches Erscheinen in der nächsten Sitzung. Sie wünscht allen Anwesenden noch einen schönen Abend und verabschiedet sich.

Für das Protokoll:

Tanja Ludl

BASIS-Institut